



VCI-Position

## Aus Krise wird Zukunft: Unsere Top 5

Stand: 08.01.2020

Um die Corona-Pandemie einzudämmen, die Gesundheitssysteme nicht zu überlasten und Leben zu retten, haben fast alle Länder der Welt im Frühjahr erhebliche Teile der Wirtschaft mit Ge- und Verboten heruntergefahren, Ausgangssperren verhängt und Kontaktverbote eingeführt. Der grenzüberschreitende Personen- und Warenverkehr wurde stark eingeschränkt. Unternehmen – auch in der chemisch-pharmazeutischen Industrie - und andere Akteure passten ihre Prozesse an die Anforderungen des Pandemiegeschehens an. Im Sommer entspannte sich das Infektionsgeschehen. In Deutschland und vielen anderen Ländern Europas sanken die Zahl der Neuinfektionen sowie der Krankenstand. Zugleich ging der Lockdown mit einer tiefen Rezession einher. Ab Mai hatten viele Länder infolge der verbesserten Situation begonnen, die Maßnahmen zu lockern. Die Wirtschaft nahm im dritten Quartal 2020 weltweit wieder Fahrt auf. Das Vorkrisenniveau blieb aber noch in weiter Ferne.

Im Herbst 2021 verschlechterte sich die Pandemielage wieder. Seit Oktober steigen die Infektionszahlen vor allem in Europa. Viele Länder reagierten auf diese zweite Infektionswelle mit einer deutlichen Verschärfung der Maßnahmen. Auch Deutschland befindet sich seit Anfang November im „Lockdown“. Die Maßnahmen wurden Anfang Dezember und zuletzt Anfang Januar weiter verschärft, denn bisher ist es mit den ergriffenen Maßnahmen nicht gelungen, die Neuinfektionen deutlich zu senken. Der erneute Lockdown hat der wirtschaftlichen Erholung zum Jahresende einen kräftigen Dämpfer versetzt. Für das erste Quartal 2021 zeichnet sich angesichts der schwierigen Pandemielage noch keine Erholung ab.

Mittlerweile stehen erste Impfstoffe zur Verfügung. Die Impfkampagne in Europa hat begonnen. Zunächst werden die besonders gefährdeten Personengruppen geimpft. Erst im Sommer ist mit ausreichenden Impfstoffmengen für die Gesamtbevölkerung zu rechnen. Eine allmähliche Rückkehr zur Normalität ist aber in Sicht.

Flankiert wird die Pandemie-Bekämpfung mit expansiver Geld- und Fiskalpolitik. In Deutschland sorgte ein Nothilfeprogramm (Kurzarbeit und Liquiditätshilfen) dafür, dass weite Teile der Wirtschaft durch den Lockdown kamen. Es folgte im Sommer ein 130 Milliarden Euro schweres Konjunkturprogramm, das Investitionen und Konsum anregen soll. Mit der zweiten Infektionswelle wurden die Nothilfemaßnahmen verlängert und in Teilen der Wirtschaft, z. B. im Gastgewerbe, ausgeweitet. Auf EU-Ebene wurde ein umfangreicher „Recovery Plan“ beschlossen. In den kommenden drei Jahren sollen die wirtschaftliche Erholung und die nachhaltige Transformation durch den Recovery Fond zusätzlichen Auftrieb erhalten. Erste Mittel könnten im Sommer ausgezahlt werden.

Mit diesem Papier aktualisiert der VCI seine Empfehlungen, welche konkreten Maßnahmen aus Sicht der Chemie- und Pharmaindustrie nötig sind, damit Deutschland und Europa gestärkt aus dieser Krise hervorgehen können.

## 1. Entschlossenes Krisenmanagement

Die Pandemiebekämpfung erfordert zum Teil drastische Maßnahmen, um das hohe Infektionsgeschehen in den Griff zu bekommen. Um Infektionen frühzeitig zu entdecken und wirksame Quarantänemaßnahmen einzuleiten, sollte die **Teststrategie** angepasst werden. Gleichzeitig brauchen wir ein **stabiles Gesundheitssystem** und eine schnelle und **effiziente Kontaktnachverfolgung**. Vor allem aber muss die **Impfung gegen COVID-19** unter Hochdruck weiter vorangetrieben werden. Parallel müssen die Entwicklung und der Einsatz **wirksamer Therapien** zur schnellen und vollständigen Behandlung und Genesung Infizierter vorangetrieben werden. Und letztlich ist durch geeignete Hygiene- und Schutzmaßnahmen ein **sicherer Betrieb von zentralen Dienstleistungen** wie Schulen, Verkehr und Verwaltung sicherzustellen.

Damit das öffentliche Leben nicht stillsteht, dürfen **Lockdown Maßnahmen** wie das Schließen von Schulen, Kitas, öffentlichen Einrichtungen des Einzelhandels, der Hotels und der Gaststätten sowie Reiseverbote und Ausgangssperren nur **als Ultima Ratio** zu Einsatz kommen, wenn alle anderen Optionen ausgeschöpft sind und ein Zusammenbruch des Gesundheitssystems droht.

- **Teststrategie anpassen:** Um die Verbreitung des Virus einzudämmen und Erkrankte frühzeitig zu erkennen und zu isolieren sowie Ausfallzeiten durch Quarantäne zu reduzieren, müssen Testergebnisse auch bei hohen Testzahlen schneller vorliegen. Die verfügbaren Testkapazitäten sollten erweitert und dort eingesetzt werden, wo sie einen hohen Effekt erzielen. Neue Testverfahren müssen entwickelt werden. Zudem müssen mithilfe innovativer Testverfahren (Schnelltests) besonders gefährdete Personengruppen bestmöglich geschützt werden.
- **Stabilität des Gesundheitssystems erhalten:** COVID-Behandlungskapazitäten müssen wieder hochgefahren werden. Dabei dürfen aber andere medizinische Eingriffe nicht vernachlässigt werden. Die Länder müssen Konzepte vorlegen, um einen erneuten Operations- und Behandlungstau vorzubeugen und die Patienten öffentlich informieren. Die finanzielle und personelle Ausstattung des Gesundheitswesens muss schnell weiter verbessert werden. Gleichzeitig gilt es, das Pflegepersonal von bürokratischen Pflichten so weit wie möglich zu entlasten.
- **Effiziente Kontaktnachverfolgung:** Die Gesundheitsämter müssen so lange wie erforderlich personell verstärkt und die Kontaktnachverfolgung digitalisiert werden. Dies erfordert auch eine ambitionierte Weiterentwicklung der Corona-Warn-App.
- **Rasch Präventions- und Therapiemöglichkeiten entwickeln:** Die Impfstoffentwicklung muss unter Hochdruck vorangetrieben und frühzeitig eine Impfstrategie entwickelt werden – in Deutschland, in der EU und in

weltweiter Kooperation. Die Zulassungsverfahren müssen angemessen beschleunigt werden. Das gilt nicht nur für die Zulassung neuer Impfstoffe, sondern auch für deren Produktion. Hier besteht akuter Handlungsbedarf. Zugleich muss massiv in die Forschung an Therapien zur schnellen und vollständigen Genesung von Corona-Infizierten investiert werden.

- **Impfkampagne beschleunigen:** In Rekordzeit hat die pharmazeutische Industrie Impfstoffe gegen Covid-19 entwickelt und die für die Zulassung erforderlichen Tests mit hohen Qualitätsstandards durchgeführt. Politik und Verwaltung haben zudem pragmatisch, aber ohne Abstriche bei der Sicherheit die Zulassungsverfahren beschleunigt, sodass mittlerweile zwei Impfstoffe in der EU zur Verfügung stehen. Weitere vielversprechende Kandidaten werden in den kommenden Monaten hinzukommen. Damit wir möglichst schnell in ein „normales“ Alltagsleben zurückkehren können, hat die rasche Versorgung der Bevölkerung mit ausreichend Impfstoff derzeit Priorität. Erforderlich ist, dass nun auch die Impfstoffproduktion unter Einhaltung hoher Qualitätsstandards in Rekordzeit hochgefahren wird. Zudem müssen die Voraussetzungen für eine rasche Impfung geschaffen und das Vertrauen der Bürger in die Impfstoffe gestärkt werden. Die Oberflächlichkeit und Polemik in der aktuellen Debatte, ob in der deutschen und europäischen Impfstoffstrategie die richtigen Weichen gestellt wurden, ist hingegen kontraproduktiv.
- **Sicherer Betrieb von öffentlichen Dienstleistungen:** Von Kindertagesstätten bis zu Schulen, vom öffentlichen Nahverkehr bis zur kommunalen Verwaltung – sie müssen bei hohen Hygienestandards wenn immer möglich offengehalten werden. Hierfür müssen Konzepte und Hygienestandards rasch weiterentwickelt und „best practices“ gesucht und verbreitet werden, die auch bei hoher Infektionsdynamik einen sicheren Betrieb ermöglichen (z. B. Schnelltests). Die Ausweitung von digitalen Angeboten der Verwaltung und ergänzende Möglichkeiten des digitalen Unterrichts zusätzlich zum Regelbetrieb müssen für alle Schulen weiter ausgebaut werden.

## 2.

### Offenheit, Diversifizierung und Zusammenarbeit

Das Frühjahr hat gezeigt: Handel und Grenzverkehr dürfen nicht durch Ad hoc-Maßnahmen behindert werden, sonst geraten Wertschöpfungsketten in Probleme. Um Versorgungsengpässe zu vermeiden, muss der Warenverkehr im **EU-Binnenmarkt grundsätzlich geöffnet** bleiben. Die Wirtschaft und die Versorgung der Bürger dürfen nicht durch **unnötige Handelsbeschränkungen** oder -kontrollen verzögert und gefährdet werden. Im internationalen Kontext sollte der **Abbau von Barrieren für gesundheitsrelevante Produkte** hohe Priorität erhalten. Engpässe, etwa bei Schutzmasken, Medikamenten oder medizinischem Gerät, können im vornherein durch eine gute regulatorische

Zusammenarbeit zwischen den Handelspartnern oder durch kurzfristige temporäre Anpassungen der Regeln im akuten Krisenfall vermieden werden.

Gerade in Krisensituationen ist **Pragmatismus beim Grenzverkehr** nötig. Eine hohe **Widerstandsfähigkeit unseres Gemeinwesens**, unseres Gesundheitssystems und unserer Wirtschaft insgesamt erreichen wir durch gute Standortbedingungen, enge europäische und internationale Zusammenarbeit sowie durch Vorratshaltung und eine Erweiterung der Lieferantländer.

- **Innereuropäische Grenzen offenhalten:** Das Frühjahr hat deutlich gezeigt: Ein barrierefreier Grenzübertritt im EU-Binnenmarkt für Waren, Pendler und Geschäftsreisen muss möglich sein, um Versorgungsengpässe zu vermeiden. Für Quarantäneregeln bei Geschäftsreisen und Logistikdienstleistungen sind pragmatische Ansätze zu finden und notwendige Voraussetzungen (z. B. green lanes, Tests, Hygienekonzepte für grenzüberschreitende Verkehrsmittel) zu schaffen.
- **Neue Handelsbarrieren für Schutzausrüstungen und Vorprodukte vermeiden:** In vielen industriellen Produktionsprozessen sind Schutzausrüstungen unerlässlich, die Produktion wurde durch Handelsbeschränkungen gefährdet. Entsprechende Handelsbarrieren und -kontrollen sind kontraproduktiv. Die Einfuhr muss bei Einhaltung hoher Produktstandards weiter erleichtert werden. Dort, wo eine gegenseitige Anerkennung von Standards möglich war, z. B. bei Maskenstandards, sollten diese verstetigt werden. Regulatorische Kooperation kann mögliche Engpässe vermeiden helfen.
- **Zollabbau für pandemierelevante Produkte:** Deutschland, die EU und ihre Partner sollten den Abbau Corona-relevanter Handelsbarrieren prüfen und Zollverfahren vereinfachen. Denn gerade auch der Handel mit pharmazeutischen und medizintechnischen Produkten sowie Vorprodukten aus der Chemie kann global zur Bekämpfung der Pandemie beitragen:<sup>1</sup> einseitig durch temporäre Maßnahmen oder, falls möglich, dauerhaft durch ein WTO-konformes Abkommen, wie seitens der EU vorgeschlagen.
- **Initiative für den Abbau von Barrieren in Drittstaaten:** Bundesregierung und EU sollten sich im Rahmen von WTO oder G20 auf den Verzicht auf neue und den Abbau neu eingeführter Grenzmaßnahmen einigen, damit Exporte, Importe und internationale Lieferketten ihre Funktionen wieder reibungsarm wahrnehmen können. Ein gemeinsamer Vorstoß mit den USA hierzu könnte zielführend sein.

---

<sup>1</sup> [ICCA Public Letter an die G20 Leaders](#)

- **Bürokratieabbau in Handel und Grenzverkehr:** Die Corona-Krise sollte zur Überprüfung bestehender Abläufe im Grenzverkehr genutzt werden. Zum Beispiel sollte die A1-Bescheinigung für Mitarbeiter, die aus dienstlichem Grund in ein anders EU-Mitgliedsland einreisen, abgeschafft oder zumindest kurzfristig ausgesetzt werden. Auch die im Unionszollkodex (UZK) verankerten IT-Projekte und Erleichterungen, darunter die zentrale Zollabwicklung und die Selbstveranlagung, sollten zügig umgesetzt werden.
- **Resilienz-Analyse:** Politik und Wirtschaft sollten in einen Dialog treten, wie für die Gesundheitswirtschaft relevante internationale Lieferketten so organisiert werden können, dass punktuelle Beschaffungsrisiken reduziert und ihre Robustheit verbessert werden können. Ansatzpunkte können z. B. die Diversifikation von Lieferantenländern, Bevorratung oder die Schaffung von guten Standortbedingungen in der EU sein. Erhöhte Resilienz im Gesundheitswesen ist ein gesellschaftliches Ziel. Ihre Verfolgung muss daher aus öffentlichen Mittel finanziert werden und darf nicht auf Kosten von Effizienz und Innovationsfähigkeit der beteiligten Sektoren gehen.

### 3. Maßvolle finanzielle Unterstützung

Die **Liquidität vieler Unternehmen** ist und bleibt kritisch. Die öffentliche Hand sollte sich deshalb unter anderem durch Fälligkeitsverschiebungen bei Lohnsteuer, Steuernachzahlungen und Sozialversicherungsbeiträgen sowie bei der Rückzahlung von Überbrückungskrediten weiterhin großzügig zeigen. Gerade im industriellen Mittelstand könnte eine Stundung von Kreditschulden oder gar ein Teilerlass geboten sein, da von einer wirtschaftlichen Erholung auszugehen ist.

Aber **generelle und unspezifische Verlängerungen sind teuer und kritisch**, wenn dadurch strukturelle Unwirtschaftlichkeit künstlich erhalten wird. Stattdessen müssen die **Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand und die Stabilität des Finanzsystems gesichert** werden. Nothilfen dürfen nicht zulasten öffentlicher Investitionen gehen oder gar zu Steuererhöhungen führen.

- **Liquidität erhalten:** Die Liquiditätssituation wird bei vielen Unternehmen auch vor dem Hintergrund des erneuten Teil-Shutdowns kritisch bleiben. Daher sollte die öffentliche Hand ihre Programme (Fälligkeitsverschiebung bei der Lohnsteuer, bei Steuernachzahlungen und bei Sozialversicherungsbeiträgen, flexible Rückzahlungen von Überbrückungskrediten) bedarfsgerecht nachjustieren bzw. ausbauen. Auch eine Stundung von Kreditschulden, möglicherweise auch ein Teilerlass, könnte gerade im Mittelstand geboten sein.
- **Nothilfeprogramme klar befristen:** Die Politik hat schnell und angemessen auf die Krise reagiert und Unternehmen in Deutschland

kraftvoll und unbürokratisch unterstützt. Erweiterte Kurzarbeit, Liquiditätssicherung und kurzfristiger Kreditzugang waren wichtige Hilfen. Eine generelle Verlängerung des Sofortprogramms sieht der VCI aber kritisch, da sie teuer ist und unwirtschaftliche Unternehmen künstlich am Leben hält. Sinnvoller ist es, wie von der Bundesregierung vorgesehen, die Nothilfe auf die vom aktuellen Teil-Shutdown direkt betroffenen Wirtschaftszweige zu konzentrieren.

- Konjunkturprogramm rasch umsetzen:**  
 Die Bundesregierung hat in ihrem Konjunkturpaket umfassende Unterstützungen beschlossen. Mit 130 Milliarden Euro sollen Konsum und Investitionen stimuliert werden. Auch Digitalisierung, Infrastruktur und Forschung werden gefördert. Allerdings sind noch nicht alle Teile des Programms umgesetzt worden. Bei einigen prüft die EU, ob sie mit dem europäischen Wettbewerbsrecht vereinbar sind. Hier ist seitens der Bundesregierung und der EU ein höheres Tempo erforderlich. Um den wirtschaftlichen Erholungsprozess zu verstetigen, müssen alle Maßnahmen des Konjunkturprogramms rasch umgesetzt werden. Weitergehende konjunkturelle Impulse halten wir zum derzeitigen Zeitpunkt nicht für erforderlich.
- Nachhaltige Finanzen im Blick behalten:** Die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte und die Stabilität des Finanzsystems muss im Blick behalten werden. Es muss verhindert werden, dass die notwendige spätere Konsolidierung nicht zulasten öffentlicher Investitionen geht oder zu Steuererhöhungen, z. B. durch Einführung einer Vermögensteuer, führt. Sie ist Gift für die Wirtschaft und insbesondere für mittelständische Unternehmen. Eine Vermögensteuer schmälert die Eigenkapitalbasis der Unternehmen, greift in die Unternehmenssubstanz ein und schwächt die Unternehmen für notwendige Investitionen auf dem Weg aus der Krise.
- Exit-Strategie:** Der Staat sollte sich nach der Krise wieder aus der Wirtschaft zurückziehen. Eine Exit-Strategie dafür ist dringend notwendig, insbesondere für Unternehmensbeteiligungen.

## 4. Starkes Zukunftsprogramm

Das im Konjunkturprogramm enthaltene „Zukunftspaket“ reicht aus, um das Wachstumspotenzial zu erhöhen und die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Deshalb braucht Deutschland dringend ein starkes „**Zukunfts- und Transformationsprogramm**“, das den Industriestandort Deutschland durch gute Standortbedingungen im internationalen Wettbewerb stärkt sowie die digitale und nachhaltige Transformation der Wirtschaft weiter vorantreibt. Ein solches Zukunftsprogramm sollte auch **Investitionen in die Infrastruktur** und eine **Unternehmensteuerreform** enthalten. Neue finanzielle, personelle oder



**bürokratische Belastungen** sind unbedingt zu **vermeiden** – dies gilt vor allem mit Blick auf die stark mittelständisch geprägte Wirtschaft in Deutschland.

- **Investitionsanreize für eine nachhaltige Transformation:** Selektive Einzelmaßnahmen, wie die Förderung der energetischen Gebäudesanierung, Kaufprämien für Elektrofahrzeuge oder Subventionen für die Modernisierung der Automobilindustrie können im Einzelnen hilfreich sein. Sie werden aber nicht ausreichen, die deutsche Wirtschaft in der Breite erfolgreich zu transformieren. Hier bedarf es technologieoffener Innovations- und Investitionsanreize für alle Wirtschaftszweige.
- **Beihilfen:** Die Bundesregierung sollte den aktuellen Beihilferahmen ausnutzen, neue IPCEIs z. B. zur Wasserstoff- und zur Biotechnologie initiieren sowie neue zusätzliche beihilferechtliche Sondergenehmigungen für klima- und energiepolitische Konjunktur- und Transformationsprogramme schaffen. Der europäische Beihilferahmen muss generell die Transformation der Wirtschaft und aktuell die wirtschaftliche Erholung stützen und fördern und darf nicht als Hindernis wirken. Bei Maßnahmen zur Unterstützung von Investitionen in nachhaltige Mobilität und nachhaltiges Bauen muss die gesamte Wertschöpfungskette einschließlich der Chemie angemessen berücksichtigt werden.
- **Struktureller Umbau der energiepolitischen Abgaben:** Schon vor der Corona-Krise hat das hohe Kostenniveau die internationale Wettbewerbsfähigkeit der hier produzierenden Unternehmen gemindert. Um Investitionsspielräume zu erweitern, dürfen diese Belastungen nicht weiter steigen. Die staatlich verursachten Belastungen der Energiepreise sollten sogar strukturell reduziert werden.
- **Innovationen:** Die bestehenden Instrumente der Innovationsförderung müssen ausgebaut werden, darunter auch die steuerliche Forschungsförderung. Letztere muss darüber hinaus entbürokratisiert werden, um für den Mittelstand besser nutzbar zu sein. Zudem sollten Forschungsk Kooperationen zwischen Unternehmen erleichtert werden und das Instrument der Reallabore zur schnellen Umsetzung von Innovationen ausgebaut werden.
- **Auf Unternehmergeist setzen:** Gute Industriepolitik setzt auf Unternehmertum und Anreize statt auf Dirigismus und Verbote. Industriepolitische Weichenstellungen, die aus der Corona-Krise herausführen, können auch dazu genutzt werden, wichtige Zukunftsfelder wie Treibhausgasneutralität und zirkuläre Wirtschaft in Europa weiter voranzutreiben.
- **In Infrastrukturprogramm investieren:** Zur Stimulierung des Wachstums muss der Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur (Energie, Wasserstoff, Verkehr, Digital-, Gesundheitswirtschaft, Bildung) beschleunigt werden. Dazu sollten die investiven Ausgaben der öffentlichen Hand für ein Jahrzehnt um mindestens 50 Milliarden Euro pro Jahr ausgeweitet werden.

Gerade der industrielle Mittelstand ist auch außerhalb von Ballungszentren auf das Breitbandnetz und ein leistungsfähiges Verkehrsnetz angewiesen. Die Corona-Krise hat der Digitalisierung einen Schub gegeben, der bleiben wird. Oftmals hatte diese Digitalisierung aber bei nicht ausreichend leistungsfähiger digitaler Infrastruktur ihre Grenzen. Der zügige Ausbau der Gigabitnetze muss deshalb mit noch mehr Einsatz vorangetrieben werden. Dadurch könnten mittel- und langfristig auch noch weitere Potenziale in den Unternehmen erfasst und gehoben werden.

- Unternehmenssteuerreform:** Der Reformstau im Unternehmenssteuerrecht muss aufgelöst und nachhaltige Strukturreformen umgesetzt werden. Ziel muss sein, die Unternehmen in Deutschland zu halten und neue Investitionen anzureizen. Damit das gelingt, müssen die Unternehmenssteuern auf ein wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt werden.
- Zeithorizonte von Projekten verkürzen:** Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren und der Aufbau von Kompetenzen und Fachkräften für den Ausbau der Infrastrukturen sowie der Realisierung privater Investitionen des 21. Jahrhunderts sind unerlässlich. Unter der Maßgabe, schnelle und rechtssichere Genehmigungsverfahren zu gewährleisten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten, müssen digitale Verwaltungsverfahren so ausgestaltet werden, dass unter Berücksichtigung der betroffenen Öffentlichkeit ein weitestgehender Schutz sensibler Daten gewährleistet ist. Dies betrifft insbesondere den Schutz von Firmen-Know-how sowie den Schutz der Öffentlichkeit vor Terrorismusgefahren und Sabotage. Fragen der IT-Sicherheit in Bezug auf die vorhandenen und zu entwickelnden elektronischen Systeme der Behörden sind sorgfältig zu prüfen.
- Regulierung und Verwaltungshandeln mit Augenmaß:** Die Zusammenarbeit zwischen Behördenvertretern und Unternehmen war im Frühjahr vielerorts geprägt von gegenseitigem Verständnis und Entgegenkommen. Dies muss für die Zukunft erhalten und möglichst ausgebaut werden. Ermessensspielräume müssen daher auch in Zukunft durch die Verwaltung im Sinne von Pragmatismus und Flexibilität genutzt werden. Wo keine Ermessensspielräume vorhanden sind, sollten diese politisch geschaffen werden. Hierzu zählen zum Beispiel die Verlängerung amtlicher Fristen, Flexibilität und Pragmatismus bei der Umsetzung von Regeln sowie schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren.
- Neue Belastungen gerade auch für den Mittelstand vermeiden:** Neue Gesetze und Regulierungen, die die Unternehmen finanziell, personell oder organisatorisch belasten, dürfen die Erholung gerade auch der mittelständischen Unternehmen nicht behindern. Sie sollten in der wirtschaftlich schwierigen Situation der nächsten Monate zurückgestellt werden. Hierzu zählen aus unserer Sicht z. B. Gesetzesvorhaben zum Unternehmenssanktionsrecht, zusätzliche Informationspflichten in der Lieferkette oder die Überlegungen zum Recht auf einen Heimarbeitsplatz.



## 5. EU-weit Impulse für Wirtschaft und Industrie

Die Europäische Union mit ihrer Gemeinschaftswährung und dem großen Binnenmarkt ist unverzichtbar – auch für die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie. Deutschland muss deshalb ein großes Interesse an einer europaweiten Überwindung der Krise haben. Hierfür stellt die EU u.a. in den kommenden Jahren enorme Mittel zur Verfügung. Nun muss es darum gehen, dass diese Mittel die nachhaltige Entwicklung der europäischen und deutschen **Wirtschaft und ihre Resilienz stärken** – und zwar rasch.

Um die Erholung nicht zu gefährden, muss der bisherige „**Green Deal**“ zu einem „Sustainable Deal“ mit einer **kraftvollen Industriestrategie** weiterentwickelt werden, der auf Wachstumsimpulse, Innovationen, eine moderne europäische Infrastruktur und eine sowohl digitale als auch nachhaltige Transformation der Wirtschaft ausgerichtet ist. Bei jeder neuen **Regulierung** sollte stets der am wenigsten wachstumsdämpfende Weg eingeschlagen werden.

- **„Recovery Plan“ auf Stärkung europäischer Wertschöpfungsnetze ausrichten:** Die Aufbau- und Resilienzfazilität (Recovery Plan) hat das Potenzial, die Mitgliedstaaten zu unterstützen, die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Pandemie abzumildern und begrüßen alle Maßnahmen, die schnelle und unbürokratische Hilfe zur Verfügung stellen, um die europäischen Wertschöpfungsketten in dieser außergewöhnlichen Situation zu erhalten. Allerdings sollte der Plan nachgebessert werden. Zum einen spiegelt der finanzielle Beitrag (Finanzhilfen) sowohl die Belastungen durch COVID-19 als auch die Ziele der Fazilität, die Resilienz zu verbessern und den Aufschwung zu unterstützen, nur zum Teil wider. Zum anderen birgt die Überschneidung des Geltungsbereichs und der Ziele der Fazilität mit anderen EU-Programmen Risiken hinsichtlich einer Doppelfinanzierung und des fairen Wettbewerbs. Deutschland sollte proaktiv prüfen, wo es mit anderen EU-Partnern gemeinsame Investitionsprojekte unterstützen kann.
- **EU-Recovery-Plan für umfangreiche industriepolitische Reformen in Deutschland nutzen:** Die EU stellt den Mitgliedstaaten umfangreiche Mittel für Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur, die Energiewende und den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft in Europa bereit. Entsprechende Programme müssen rasch in enger Abstimmung mit der Wirtschaft entwickelt und auf den Weg gebracht sowie an den Zielen wirtschaftliche Erholung, Wachstum und Transformation ausgerichtet werden – auch in Deutschland. Ziel sollte es dabei sein, die Mittel zusätzlich zu bisherigen Programmen einzusetzen. Um den Erholungsprozess nicht zu gefährden, muss hierbei das Tempo erhöht werden.
- **„Green Deal“ auf nachhaltiges Wachstum programmieren:** Der „Green Deal“ muss zu einem „Sustainable Deal“ weiterentwickelt werden. Wir

stehen zum Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050. Um dieses zu erreichen, sind umfangreiche Investitionen in neue Technologien notwendig. Finanzierbar sind diese nur mit einer leistungsfähigen Wirtschaft, einem hohen Beschäftigungsstand und bei ausreichend planungssicheren politischen Rahmenbedingungen. Deshalb muss eine kraftvolle Industriestrategie Teil des „Sustainable Deal“ sein. Es sollte sowohl um den Ausbau von alten und Aufbau von neuen Schlüsselkompetenzen und Infrastrukturen als auch um die Unterstützung der Transformation der Produktionsprozesse und eine erhöhte Resilienz von Lieferketten gehen.

- EU-Industriestrategie auf Wachstumsimpulse, Innovation und Transformation ausrichten:** Die Industriestrategie im Rahmen der beiden EU-Programme sollte insbesondere auf Innovationen und Investitionen in den europaweiten Ausbau der erneuerbaren Energieversorgung, der Wasserstoffwirtschaft, der zirkulären Wirtschaft, der Digitalisierung, eine leistungsfähige Gesundheitswirtschaft und in klimafreundliche Mobilität und klimafreundliches Bauen setzen. Öffentliche und private Investitionen müssen Hand in Hand gehen. Wo die Transformations-Technologien derzeit noch nicht marktreif sind, müssen schon jetzt zusätzliche Mittel für Forschung, Entwicklung und Pilotprojekte mobilisiert werden. Die Industriestrategie sollte die EU-Industrie zudem dabei unterstützen, ihre Resilienz und Diversifizierung in der globalisierten Weltwirtschaft zu verbessern. Dabei sollte es gerade nicht um Protektion gehen – es gilt, die Produktionsbedingungen in der EU so attraktiv zu gestalten, dass sie für Investitionen aus dem EU-Inland und dem EU-Ausland attraktiv sind. Die Corona-Krise hat die große Bedeutung der Chemie- und Pharmaindustrie deutlich vor Augen geführt. Für die Chemie- und Pharmaindustrie sollten daher jeweils sektorspezifische Strategien entwickelt werden.
- Wachstumsbremsen identifizieren:** Im Rahmen des Green Deal sollen dem Acquis communautaire zahlreiche weitere Regulierungen hinzugefügt werden. Die Ziele der Vorhaben sind weitgehend nachvollziehbar, bei ihrer Verfolgung sollten aber konsequent die am wenigsten wachstumsdämpfenden Pfade und Instrumente zur Erreichung gesucht und eingesetzt werden. Darüber hinaus ist ebenfalls ein konsequenter Abbau von unnötigem Erfüllungsaufwand durch eine effektive Implementierung von „One In, One Out“ notwendig. Mit Blick auf die Masse an KMU-Unternehmen in der EU müssen für einen verbesserten Regulierungsrahmen derselben die KMU-Tests wesentlich konsequenter, umfassender und disziplinierter durchgeführt werden. Kooperationen zwischen Unternehmen bei der Technologieentwicklung müssen erleichtert werden.